

Umfrage unserer Vereinigung betreffend die Neuregelung der Anerkennung kantonaler Maturitäten

Autor(en): **Miller, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten = Association Suisse des Professeurs d'Université**

Band (Jahr): **20 (1994)**

Heft 2-3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-894233>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Umfrage unserer Vereinigung betreffend die Neuregelung der Anerkennung kantonaler Maturitäten

von Andreas Miller

Unter den 153 Stellungnahmen zum Projekt einer Neuregelung der Anerkennung kantonaler Maturitäten, die eingereicht wurden, befindet sich auch die Stellungnahme unserer Vereinigung. Nachdem der Vorstand beschlossen hat, sich an der Diskussion um die neue Maturität zu beteiligen, setzte er eine Expertengruppe aus sechs Professoren ein, alle ausgezeichnete Kenner der Schweizer Maturität und des Hochschulbetriebes. In der ersten gemeinsamen Sitzung mit dem Vorstand beschloss die Experten, eine Umfrage unter unseren Mitgliedern durchzuführen. Man war sich dessen bewusst, dass die äusserst heterogene Zusammensetzung der Mitgliedschaft unserer Vereinigung kaum eine eindeutige Beantwortung der in der Vernehmlassung gestellten Fragen erlauben würde und hoffte, dank der Umfrage einige Anhaltspunkte wenigstens für die dominierenden Tendenzen zu gewinnen.

In diesem kurzen Bericht sollen die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage zusammengefasst werden. Diese Zusammenfassung wird durch einige wenige Zitate aus den Äusserungen unserer Kollegen ergänzt.

Um das Wichtigste vorwegzunehmen: Von den 143 ausgefüllten Fragebögen konnten 136 ausgewertet werden. 60 Kollegen haben die Frage nach der Notwendigkeit einer Reform der geltenden Maturitätsord-

nung bejaht und dem vorliegenden Projekt in seinen Grundzügen zugestimmt. 76 Kollegen haben das Projekt abgelehnt, auch wenn 21 von ihnen sich für eine Reform ausgesprochen haben. «Revision ja, aber nicht so» heisst es etwa. «On peut revoir la réglementation actuelle, mais *pas* avec le projet qui nous est soumis!» «Das Gymnasium braucht eher <innere> Reformen als eine Reform der äusseren Rahmenbedingungen» usw. Für die Ablehnung des vorliegenden Projektes ist mehrheitlich die unbefriedigende Lösung für die Naturwissenschaften verantwortlich.

Dem Vorschlag, die Ausbildungsdauer auf mindestens zwölf Jahre festzusetzen, wurde mehrheitlich zugestimmt. Hingegen wird die Einführung einer «fachübergreifenden» Arbeit von 74 Kollegen und der obligatorische Unterricht in der dritten Landessprache wuchtig mit 98 von 136 Stimmen abgelehnt. Die Ablehnung der fachübergreifenden Arbeit wird von Kommentaren begleitet, wie «völlig unrealistisch und nicht durchführbar», «modische Effekthascherei», «*depasse les capacités de l'élève*», «Kriterien für die Bewertung problematisch – Rekursgefahr». Bei der Behandlung der Frage nach dem Obligatorium für die dritte Landessprache fragt ein Kollege: «Verdient Bundesrat Cotti ein Denkmal?» und verneint die Frage entschieden. Unter den ablehnenden Stimmen

dominiert jedoch die Sorge um die Schwächung des Englischen. Als Alternative wird vorgeschlagen: Italienisch fakultativ und attraktiv gestaltet; wahlweise obligatorisch mit Englisch.

Bei der Auswertung der Fragebögen wurden zunächst zwei Gruppen gebildet: diejenigen, die das Projekt prinzipiell bejahen und die «Nein»-Sager. Die Resultate einer genaueren Auszählung nach (1) Hochschulen; (2) nach dem Status in der Dozentenschaft – ordentliche und ausserordentliche Professoren einerseits, Mitglieder des Mittelbaus andererseits; (3) nach dem Fachgebiet: Naturwissenschaften und Medizin oder Geisteswissenschaften und Rechtswissenschaften sind in den beiden Tabellen wiedergegeben.

Bei der Betrachtung dieser Tabellen fällt auf:

(1) Die Deutschschweizer haben sich stärker an der Umfrage beteiligt als die Welschen – wobei man hier auch die Grösse der Hochschulen berücksichtigen muss (Uni Zürich 27, ETHZ 23, Uni Bern 23, Uni Basel 12). Von den welschen Hochschulen liegt die Uni Lausanne mit 12 Beteiligten an der Spitze.

(2) Besondere Situation der ETHZ: hier stehen nur 4 «Ja»-Stimmen den 19 «Nein» gegenüber. Eine gewisse Rolle dürfte hier die frühzeitige Veröffentlichung der Stellungnahme der Schulleitung gespielt haben, die eindeutig ablehnend war. Zusammen mit der Uni Zürich: 36 «Nein»-Antworten, also fast die Hälfte aller «Nein»-Stimmen.

(3) In den beiden grossen welschen Universitäten werden die «Nein»-Stimmen nicht – wie erwartet – überwiegend von

den Naturwissenschaftlern abgegeben. An der Universität Genf liegen alle 5 «Nein»-Stimmen in der Kategorie «Geisteswissenschaften-Professoren». Hier geht es offensichtlich nicht um die Verteidigung der eigenen Position; es wird viel mehr die Sorge um das allgemeine Niveau der Maturität zum Ausdruck gebracht.

(4) Bei den «Ja»-Stimmen herrscht fast ein Gleichgewicht zwischen den Vertretern der Natur- und jenen der Geisteswissenschaften: 31 zu 29.

Wie geht es nun weiter? Das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft hat im Mai 1993 die «Ergebnisse der Vernehmlassung» publiziert. Auf S. 5 werden diese lapidar in einem Satz – wie es scheint treffend – charakterisiert: «Insgesamt gewinnt man den Eindruck, dass die Vernehmlassungsvorschläge in ihrer Gesamtheit weder sehr positiv noch sehr negativ aufgenommen wurden.» Das Geschäft soll – in Anbetracht der vielen konstruktiven Gegenvorschläge – weiter behandelt werden. Zu überarbeiten sind – heisst es in der Publikation (S. 5):

- «- Die vorgeschlagene Kombination der 5 obligatorischen und 4 Wahlpflichtfächer;
- der Fächerkanon generell und innerhalb der Kernbereiche (besondere Beachtung ist dabei der Stellung der naturwissenschaftlichen Fächer, aber auch den Bereichen Wirtschaft und Recht zu schenken);
- die Modalitäten der fachübergreifenden Arbeit;
- die Frage der Integrationsfächer.»

TABELLE I: Verteilung der "JA"- Antworten (N=58 + 2)

BASEL = 9				BERN = 12				FRIBOURG = 2				GENEVE = 3			
NW+M		GW+JUS		NW + M		GW+JUS		NW + M		GW+JUS		NW + M		GW+JUS	
PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB
5	-	3	1	7	-	3	2	1	1	-	-	1	-	2	-
LAUSANNE = 6				EPF-LAUSANNE = 2				NEUCHATEL = 4							
NW + M		GW + JUS		NW + M		GW + JUS		NW + M		GW + JUS					
PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB				
3	1	2	-	2	-	-	-	-	-	3	1				
ST.GALLEN = 6				ETH-ZUERICH = 4				UNI ZUERICH = 10							
NW + M		GW + JUS		NW + M		GW + JUS		NW + M		GW + JUS					
PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB				
1	1	3	1	2	1	1		1	4	2	3				

NW = Naturwissenschaften

GW = Geisteswissenschaften

M = Medizin

JUS = Rechtswissenschaften

PR = Professor

MB = Mittelbau

NW+M - 31

PR - 40

GW+JUS - 29

MB - 20

Gesamthaft: Erhaltene Fragebögen: 60 "JA" + 76 "NEIN" + 7 nicht auswertet = 143; Von den 60 "JA" - 1 Seminar Chur + 1 Ausland.

TABELLE II: Verteilung der "NEIN"-Antworten (N= 75 + 1)

BASEL = 3				BERN = 11				FRIBOURG = 4				GENEVE = 5			
NW+M		GW+JUS		NW + M		GW+JUS		NW + M		GW+JUS		NW + M		GW+JUS	
PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB
2	1	-	-	5	2	2	2	2	-	2	-	-	-	5	-
LAUSANNE = 6				EPF-LAUSANNE = 6				NEUCHATEL = 3							
NW + M		GW + JUS		NW + M		GW + JUS		NW + M		GW + JUS					
PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB				
2	-	4	-	6	-	-	-	1	-	2	-				
ST.GALLEN = 1				ETH-ZUERICH = 19				UNI ZUERICH = 17							
NW + M		GW + JUS		NW + M		GW + JUS		NW + M		GW + JUS					
PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB	PR	MB				
1	-	-	-	12	7	-	-	6	3	4	4				

NW = Naturwissenschaften
M = Medizin

GW = Geisteswissenschaften
JUS = Rechtswissenschaften

PR = Professor

MB = Mittelbau

NW+M - 50
GW+JUS - 26

PR - 57
MB - 19

Gesamthaft: Erhaltene Fragebögen: 60 "JA" + 76 "NEIN" + 7 nicht ausgewertet = 143; Von den 76 "NEIN" - 1 Ausland.

Anhang

Einige Antworten waren von Stellungnahmen der verschiedenen Gruppierungen begleitet; so haben wir u.a. erhalten die Stellungnahme der Schulleitung der ETHZ, der Faculté des Sciences de l'Université de Fribourg, der Schweizerischen Asien-gesellschaft und der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Bern. Zahlreiche Kollegen haben den letzten, dritten Teil des Fragebogens für «Allgemeine Bemerkungen zum vorliegenden Projekt» benützt. Aus diesen Texten übernehmen wir einige Auszüge.

Aus den «positiven» Stellungnahmen

(1) «Die zur Diskussion stehende Regelung umschreibt die Ziele der Ausbildung gut. Solche Umschreibungen gab es aber bisher auch schon, und offensichtlich bereitet es grösste Schwierigkeiten, diese Ziele auch zu verwirklichen ...

Die fünf obligatorischen Grundfächer sind meines Erachtens richtig gewählt. Vor allem gut finde ich die Aufnahme von Geschichte in das absolute Obligatorium.

Richtig finde ich statt acht neun Fächer zu verlangen, um vor allem der sprachlichen Vielfalt unseres Staates Rechnung zu tragen und damit auch die dritte Landessprache als obligatorisch zu erklären. Gut finde ich ferner die relative Zurücksetzung der naturwissenschaftlichen Fächer gegenüber den sprachlichen. Obschon ich selbst in meinen Forschungen die grössten Erfolge im naturwissenschaftlichen Bereich der Psychiatrie gewonnen habe, bin ich ein überzeugter Befürworter der Bevorzugung sprachlicher Fächer. Wer gute sprachliche Vorbildung aus dem Gymnasium an die Hochschule bringt, wird Lücken im naturwissenschaftlichen Bereich leicht ausfüllen können.

Falsch ist meines Erachtens das Fehlen einer besonderen Beachtung des Lateins. Nach meiner Erfahrung ist Lateinunterricht nach wie vor der beste und kaum durch anderes ersetzbare Weg, klar und sauber denken zu lernen und dem bequemen konfusen Denken und Drauflosreden entgegenzutreten. Voraussetzung wäre jedoch ein der heutigen Zeit und ihren Lebensformen angepasster, interessant gestalteter Unterricht.

Man wird sich wohl mit dem Weglassen von Reli-

gion und biblischer Geschichte als Konzession an die heutige Zeit abzufinden haben. Es ist dies jedoch ein schwerer Verlust an Bildungsmöglichkeiten. Deshalb sollte ein Ersatz gefunden werden, zum Beispiel in der Form von allgemeiner Religionsgeschichte. Zudem meine ich, ein elementarer Unterricht in Philosophie, wie es zum Beispiel in Frankreich üblich ist, gehöre unbedingt zu einer Gymnasialausbildung ...

Im übrigen wird durch Ausfall von Latein und Religion die Bedeutung des Unterrichts in Literatur sehr viel grösser. Es ist dies dann gleichsam die letzte noch übrigbleibende Möglichkeit, das Leben kennenzulernen, bevor der junge Mensch selbst vor Lebensaufgaben gestellt wird, die er selbst nicht zu bewältigen vermag. Er muss anhand der grossen Literatur lernen, seine Gedanken und Strebungen nach den Erfordernissen der Wirklichkeit und nicht nach persönlichen Wünschen und Bedürfnissen zu richten.

Daraus ergibt sich die Frage, ob das Gewicht, welches den Wahlfächern beigemessen wird, richtig ist. Die Schüler erliegen der Gefahr, jene Fächer zu wählen, die am wenigsten Mühe und Arbeit machen, um so auf möglichst billige Art und Weise zur Matur zu kommen. Dem könnte dadurch gesteuert werden, dass man zwar verschiedene Wahlfächer anbietet, den Schülern jedoch nur eines gestattet, dessen Note im Zeugnis mitzählt.

Meines Erachtens sollte in einer Regelung der Maturität ausdrücklich folgendes festgehalten werden: In der Prüfung ist der Gebrauch aller Hilfsmittel, die auch später jederzeit zur Verfügung stehen werden, nicht nur gestattet, sondern gefordert, um festzustellen, ob die Kandidaten ein Wörterbuch sinngemäss verwenden können. Dasselbe gilt für Formelsammlungen, Datensammlungen und ähnliches. Damit würde der Unterricht von der unfruchtbaren Auswendiglernen entlastet, und es würde Zeit für anderes gewonnen.»

*Dr. med Ronald Kuhn,
PD-Titularprof., Uni Zürich*

(2) «Ce projet est intéressant et audacieux, je crois qu'il mérite d'être soutenu, malgré ma réticence pour le travail interdisciplinaire. Il faudra malgré tout veiller à ce que d'une école de maturité à l'autre, on retrouve des matières à option analogues,

afin de ne pas prêter l'éventuelle mobilité d'étudiants.

Pour préserver la qualité de notre maturité, il faudra donc peut-être imposer aux établissements de maturité une liste de branches à mettre à leur programme pour être apte à délivrer une maturité reconnue.

Il ne faut pas se leurrer, malgré cette réforme, un équivalent des types que l'on connaît aujourd'hui va subsister encore de nombreuses années, dans la mentalité des gens. D'autre part pour des raisons d'horaires, il sera difficile de prévoir des choix bien différents de ceux proposés aujourd'hui.»

Un Professeur de l'Université de Berne

(3) «Die neue MAV stellt Minimal-Forderungen auf, die erfüllt sein müssen, damit eine Maturität eidgenössisch anerkannt werden kann. Das Weiterbestehen kantonaler Typen wird dadurch nicht ausgeschlossen. Möglicherweise ist die Folge, dass auch für Schweizer Studienbewerber zwischen einer generellen und einer speziellen Zulassung (letztere für einzelne Fächer) unterschieden werden muss und einzelne Fächer spezielle Voraussetzungen verlangen, was sich auf die Fächerwahl auswirkt (analog der derzeitigen Lateinanzforderung für phil. I-Fächer).»

Ein Germanistik-Professor

(4) «Ne pas faire dire au texte plus que ce qui il peut dire! Ce n'est pas un texte juridique qui fait (ou garantit) le niveau d'une formation, ce sont les enseignants, dans le cadre des programmes cantonaux. L'ORM actuelle ne garantit pas non plus un niveau élevé, et pourtant il existe!»

Un Professeur de l'EPFL

Aus den «Nein»-Antworten:

(5) «Wenn schon Revision der Maturitätsverordnung, dann darf das Ziel nicht heissen «Maturität für jedermann», sondern «*Selektion und Förderung der Begabten*». Die richtige Eingeleisung einseitig Begabter hat eher nach objektiven Prüfungs-

ergebnissen zu erfolgen als durch Wahlunterricht, weil sich Jugendliche viel zu oft zu ihrem Schaden von illusionären Wunschvorstellungen leiten lassen. Viel notwendiger als eine Revision der Maturitätsverordnung wäre endlich eine systematische Koordination der Ausbildung in Mittelschule, Militärdienst und Universität!»

Ein Professor der Universität Bern

(6) «Ce projet est préjudiciable et je le refuse. Principaux reproches faits à ce projet:

- Diminution du niveau dans les branches mathématiques et scientifiques par rapport à la maturité de type C actuelle
- Diminution du niveau scientifique en général
- Diminution de la formation générale
- Ce projet comporte de nombreuses contradictions ou obscurités, tant dans l'énumération des objectifs que dans leur mise en œuvre
- Les cours intégrés de biologie-chimie-physique apparaissent comme une mauvaise solution, d'ailleurs encore mal définie.»

Un Professeur de l'EPFL

(7) «Die neue Maturitätsordnung ist ein Kniefall vor dem Zeitgeist: Intellektuelle Anstrengung und intellektuelle Strenge sind unpopulär geworden. Die neue Maturitätsordnung darf sich *nicht* dem Zeitgeist anpassen; sie muss den negativen Auswirkungen des Zeitgeistes entgegenwirken. Wissenschaftler und Erzieher sollten in der Mitsprache ein grösseres Gewicht haben als Politiker.»

Ein Professor der ETHZ

(8) Zum Abschluss bringen wir die Bemerkungen eines Schweizers, der als Ordinarius für Romanistik an einer Deutschen Universität tätig ist:

«Das Reformprojekt ist als ganzes unsinnig, da es mit einer Verspätung von 20 Jahren (und mehr) das in der Schweiz nachhaffen will, was in der BRD als längst gescheitert zu gelten hat (v.a. NRW, Bremen, Hamburg).»